

Volkswille

Anzeigenpreis 1/4 Seite 2,75, 1/2 Seite 7,50, 3/4 Seite 15,—, 1 Seite 30,—, 1/2 Seite 60,—, 1/4 Seite 120,—, 1 ganze Seite 240,—. Plakat Familienanzeigen und Stellengesuche 2% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 e naltene mm Seite 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Bolens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 12. ct. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestr. 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstr. 6, sowie durch die Kolporteur.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestr. 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz Nr. 2037; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Reichsregierung stellt die Vertrauensfrage

Finanzreform oder Rücktritt — Um die Haltung der Parteien — Die Sozialdemokraten für die Vertrauensfrage, aber gegen die jetzige Finanzreform

Berlin. Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch nachmittag, wie die Telegraphen-Union erfährt, an den von ihr von vornherein eingenommenen Standpunkt festzuhalten, daß das Finanzprogramm als ganzes unverändert angenommen werden muß und daß sie mit dem Finanzprogramm stehe und falle. Die Reichsregierung wird die Entscheidung „in offener Feldschlacht suchen“, indem sie nicht nur die unveränderte Annahme des Finanzprogramms, sondern auch die Befundung des ausdrücklichen Vertrauens des Reichstags für ihre Gesamtpolitik einschließlich des Finanzprogramms fordert. Wie die T. U. weiter erfährt, hat das Kabinett diesen Beschluß einstimmig gefaßt. Die Regierung wird die Erklärung über das Finanzprogramm Donnerstag im Reichstag abgeben.

Vor der Kanzler-Erklärung

Berlin. Der Beschluß der Regierung, die Parteien im Reichstag zu einer klaren Entscheidung zu zwingen, ist, wie die den Regierungsparteien nahestehenden Blätter berichten, darauf zurückzuführen, daß die Regierung auf Grund der ergebnislosen Besprechungen am Mittwoch keine andere Möglichkeit gesehen habe, zu einer Lösung zu gelangen.

Die „Germania“ weist in Ergänzung des Beschlusses der Zentrumsfraktion darauf hin, daß das Zentrum ein geschlossenes Handeln der Regierungsparteien verlange und sich nicht damit abfinden könne, daß die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie sich in einzelnen Fragen von dem Regierungsprogramm distanzieren. Vor allem müsse der Deutschen Volkspartei gesagt werden, daß das Zentrum es nicht hinnehmen könnte, wenn sie sich in der Frage der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung etwa überstimmen ließe. Die Volkspartei habe die Methode der Enthaltensamkeit von der Regierungsverantwortung oft genug geübt. Sie scheine sich auch jetzt ihrer wieder bedienen zu wollen. Eine solche Methode wäre im gegenwärtigen Augenblick mehr denn je unerträglich. Es gehe augenblicklich wirklich um etwas mehr als um das Bedürfnis einzelner Parteien, sich ein agitatorisches Alibi zu verschaffen. Die Stunde verlange viel mehr, daß die Regierungsparteien samt und sonders geschlossen die Verantwortung für die politischen Maßnahmen übernehmen, die ihnen das Reichskabinett am heutigen Donnerstag vorlegen werde. Natürlich werde die Form des Vertrauensvotums eine große Rolle spielen. Die Regierung werde hoffentlich dafür Sorge tragen, daß diese



Sie werden einen schweren Stand haben —

Reichskanzler Müller (links) und Reichsfinanzminister Hilferding, die das vorläufig noch heftig umstrittene Reichsfinanzprogramm zum Gegenstand einer Vertrauensfrage für die Regierung machen werden.

Form nicht dazu geeignet sei, die von ihr erstrebte Klärung und Entscheidung zu verwirken. Mit anderen Worten: Die Formulierung des Vertrauensvotums werde so sein müssen, daß es sich auch auf das gesamte Finanzprogramm erstrecke.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß es in der amtlichen Mitteilung über die Kabinetts-Sitzung heißt, daß über das den Parteiführern vorgelegte Finanzprogramm die „alsbaldige“ Entscheidung des Reichstages herbeizuführen sei und meint, wenn das Wort „alsbaldig“ gleichbedeutend mit „sofort“ sein würde, wäre eine ablehnende Antwort mit Sicherheit vorzuzusehen. Das Blatt hält zwar den Ausgang immer noch für ungewiß, kommt aber zu dem Schluß, daß eine politische Krise vermieden werden muß.

Zwischen den Schlachten

„Wahlsiege“ haben den bedenklichen Nachteil, daß die daraus resultierenden Erfolge immer recht zweifelhafter Natur sind. Und gerade, nachdem sich die Sanatoren zum Tode gesiegt haben, werden wir in wenigen Monaten in den Kommunen eine Ebbe eintreten sehen, die besten „Jünger“ der Sanacja werden ihr den Rücken kehren, wenn sie etwa im gleichen Sinne „Ordnung und Wirtschaft“ in den Gemeinden einführen wollen, wie dies in der Wojewodschaftshauptstadt der Fall ist. Hier werden die „Sanatoren“ kaum die Früchte erben, wie das auf dem Lande möglich war, wo man unter einer höchst zweifelhaften Firma der „Regierungsfrente“ alle Mandate für sich buchte. Schon die Tatsache, daß diese Einheitsfront in verschiedenen Formationen auftrat, also die verschiedensten Listen zu einem Richtungserfolg vereinigte, beweist, daß die Regierungsfrente höchst selbst über ihre Güte von den eigenen Anhängern angefochten wird. Der Verlauf der Wahlen hat aber bewiesen, daß die Sanacja gerade innerhalb der Wähler den geringsten Anhang hat, hier im offenen Wahlkampf ist sie gegenüber der Opposition in jeder Hinsicht unterlegen, der Wahlsieg ist ein zusammenkombiniertes Etwas, woraus der klügste Politiker nicht schlau wird, ob es ein Esel oder einen Leopard markieren soll. Nur der Selbstverwaltungsausschuß der Wojewodschaft brachte es fertig, aus diesen möglichen und unmöglichen Listen, einen Sanacjaerfolg herauszukonstruieren, was außerordentlich leicht zu bewerkstelligen war, nachdem das Bürgertum seine Vertrauensmänner und Wähler nicht so in der Hand hat, daß es die Bildung der Einheitsfronten verhindern konnte. Und dann spielte auch hier das nationale Moment eine gewisse Rolle, man ist heute noch nicht soweit, daß die Opposition gegenüber dieser Sanacja geschlossene Fronten bildet. Es soll dies kein Vorwurf gegen die Parteien sein, die gerade unter diesem System ihre Kraftprobe ablegen wollten, wie fest die Idee selbst in der Bevölkerung verankert ist. Da durch die Einheitsfronten die Regierung von vornherein den Löwenanteil erbeutete, so ist es jetzt sehr einfach, einen Erfolg herauszuposaunen, der aber nicht die Stimmung des Volkes zum Ausdruck bringt, sondern sich an der Höhe der Subventionen und Versprechungen ermaßen läßt. Werden diese nicht erfüllt, so gehen diese Regierungssiege bald zum Teufel und wir waren doch nicht einmal Zeugen solcher Regierungssiege.

Alle Mandatzählerei ist in diesem Zusammenhang überflüssig und schließlich hängt der Pferdefuß doch so deutlich heraus; man wollte nicht etwa einen Sieg der Regierung, der bleibt gleichgültig, man brauchte einen Sieg über die deutsche Minderheit und den hat man durch die Dreiteilung der Wahlen vorläufig erreicht. Darin stimmen alle polnischen Parteien überein, denn der Hauptfeind ist geschlagen und in den Erfolg teilt sich nun die nächste Umgebung, ob sie nun zur Sanacja oder zur Korjantypartei gehört, bleibt völlig gleichgültig. Wenn auch ein Teil der polnischen Parteien der Sanacja den Wahlausgang nicht wünschen, so freuen sie sich doch über den Polonisierungsvorgang, und daß ist, bis auf die Sozialisten, ein Sieg auf der ganzen Linie. Und von deutscher Seite ist der große Fehler gemacht worden, selbst unter polnischer Flagge zu segeln, statt bei Beginn des Wahlkampfes zu erklären, daß man weiße Zettel abgeben wird, dort, wo die Umstände eine deutsche Liste nicht erlauben. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß diese katastrophalen Stimmenverluste nicht eingetreten wären, denn leider fehlt dem Lande die deutsche Zeitung, die politische Erziehungsarbeit leistet, und das famose Wahlzwangsgesetz haben ja die Deutschen im Schlesischen Sejm schaffen helfen, obgleich wir Sozialisten gegen jeden Wahlzwang waren, weil wir für die Zukunft voraussehen, wohin einmal der Stimmungsdruck führen kann. Die meisten Deutschen, die nun stimmen mußten, wenn sie sich die Strafe sparen wollten, gaben denn auch ihre Stimme selbst auf polnische Parteien und aus diesem Wahlzwangsgesetz, welches mit der deutschen Vertretung beschlossen wurde, ist mit zur Katastrophe beigetragen worden. Wäre die Wahlbeteiligung gering, so wären die Oppositionsparteien schwächer, aber die Regierungspartei hätte die stärkste Niederlage erlitten.

Die Sanatoren brauchen absolut nicht auf ihren Siegesstolz zu sein, wenn man berücksichtigt, unter welchen Voraussetzungen er erfolgt ist. Die Opposition hat zunächst in den meisten Kommunen, wo gewählt und nicht durch Einheitslisten eingeseßt wurde, die Mehrheit und das gibt den Ausschlag für die kommenden Arbeiten in den Kommunen. Die Sanatoren werden dort nur dann schalten und

Oberhaus gegen Arbeiterregierung

Eine Niederlage wegen Aegypten — Gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rußland

London. Im Oberhaus wurde am Mittwoch die Politik der Regierung gegenüber Aegypten eingehend erörtert. Lord Salisbury brachte eine Entschließung ein, die feststellt, daß die von der Regierung verfolgte Politik, wie sie in dem neuen englisch-ägyptischen Vertragsentwurf zum Ausdruck kommt, die Sicherheit der britischen Verbindungswege nach den überseeischen Besitzungen gefährde. In Begründung der Entschließung erklärte er, Großbritannien habe ein entscheidendes Interesse an Aegypten, da der Suezkanal den Hauptverbindungswege mit dem östlichen Teil des britischen Weltreiches darstelle. Der frühere Oberkommissar Lord Lloyd richtete an das Oberhaus die dringende Mahnung, sorgfältig zu überlegen, ob der neue Vertragsentwurf, von dem die Regierung behauptet, daß er keinen Stellungswechsel darstelle, nicht gefährliche Zugeständnisse enthalte. Die im Jahre 1922 gemachten und nun aufgegebenen Vorbehalte seien nicht allein zum Schutze der lebenswichtigen Interessen des britischen Weltreiches bestimmt gewesen, sondern dienten auch zur Wohlfahrt des ägyptischen Volkes. Auf die militärische Seite der Frage eingehend, sagte Lord Lloyd, er habe nicht den geringsten Zweifel, daß der Suezkanal nur von Kairo aus oder einem nahe liegenden Platz verteidigt werden könne. Lord Lloyd schloß, daß die Entscheidung der britischen Regierung außerordentlich gefährlich in sich beruhe. Der Vertrag bedeute nichts anderes, als die Auslieferung des britischen und anderen ausländischen Lebens und Eigentums an das ägyptische Parlament. Der Antrag Lord Salisbury wurde darauf mit 46 gegen 13 Stimmen angenommen. Nach der Annahme eines Antrages Lord Birkenheads gegen die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Moskau ist dies das zweite wichtige außenpolitische Gebiet, auf dem das Oberhaus die Regierung scharf zensuriert.

Wegen Erkrankung Pilsudskis Lösung der Kabinettskrise nicht möglich

Warschau. Da Marschall Pilsudski sich erkrankt und auf Wunsch des Arztes das Bett hüten muß, hält man die Lösung der Kabinettskrise vor Weihnachten nicht für wahrscheinlich. Beim Sejmarschall Daszynski hat am Mittwoch eine Beratung der Haushaltsreferenten stattgefunden, über die Frage, ob während der Regierungskrise Ausschuhberatungen stattfinden können. Es wurde beschlossen, den Sejm anfangs nächster Woche zu einer Sitzung einzuberufen, in der diese Frage geklärt werden soll.

Gesandter Kauscher holt sich neue Weisungen

Warschau. Der „Kurjer Poranny“ stellt fest, daß die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen im Zusammenhang mit der Schweine-Ausfuhrfrage auf dem toten Punkt angelangt seien. Gesandter Kauscher werde sich am Sonntagabend neue Weisungen von Berlin einholen.

Bulgarische Minister bei Mussolini und Grandi

Rom. Die bulgarischen Minister Buroff und Moloff, die Mittwoch früh in Rom eingetroffen sind, wurden bereits am Vormittag vom italienischen Außenminister Grandi im Palazzo Chigi empfangen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Doch wurde über den Inhalt nichts bekannt gegeben. Am Nachmittag stellten die beiden Minister dem Ministerpräsidenten Mussolini einen Besuch ab.

